

Haushaltsrede Fraktion Linke und Piraten 9. Dezember 2024 zum HH 2025

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Mitglieder des Stadtvorstands,
sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates,
liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Gäste,

ich will und kann es kurz machen...

und will es bei einer tour d'horizon in größerer Flughöhe über unseren hier vorliegenden Haushaltsplan für 2025 belassen.

Welche Stellen, Vereine oder Organisationen, insbesondere im Bereich der Freiwilligen Leistungen, mehr Geld verdient hätten oder gebrauchen könnten, aber leider zu wenig bekommen, kann man in nur leicht geänderten Formulierungen den alten Haushaltsreden aller Fraktionen der letzten 25 Jahre entnehmen.

....

In der Einführung zum HH 2025 der Kämmerei heißt es:

„Der Haushalt 2025 der Stadt Ludwigshafen ist nach wie vor geprägt von der aktuellen instabilen politischen Weltlage.“

Man kann wohl mit Fug und Recht statt „nach wie vor“ auch sagen: mehr denn je!

....

Von Bemühungen oder gar Absichten beim Thema Finanzausstattung bzw. Finanznot der Kommunen seitens der Bundespolitik hört man seit geraumer Zeit leider auch gar nichts mehr - oder täusche ich mich da?

Allerdings kommt zurzeit viel neue Bewegung in die Landespolitik mit Blick auf die finanzielle Not, nicht nurmehr in den allseits bekannten größeren Städten - der Kreis der Sorgenkinder im Land scheint anzuwachsen.

Sogar das Thema einer möglichen Reform der Gebietskörperschaften ist unlängst wieder in der Debatte aufgetaucht.

Leider alles zu spät und leider weniger aus Einsicht als aus purer Notwendigkeit, weil es mittlerweile, wie gesagt und wie es augenfällig ist,

zunehmend an mehreren Ecken gleichzeitig eng wird.

Eine Abkehr im Innenministerium vom Austeritätsgedanken kann aber in den mir vorliegenden Schreiben der ADD und des Innenministeriums nicht erkannt werden. Jedenfalls kann ich da nichts in dieser Richtung wirklich herauslesen.

Der Kommentar des Städte- und Gemeindebundes zum rheinland-pfälzischen Haushalt 2025 scheint mir hierbei auch eher recht zu geben.

Viele haben sicher auch die letzte und frühere Äußerungen des Bürgermeisters aus Pirmasens zur Kenntnis genommen.

Man kommt hier wie dort und an vielen Orten in Rheinland-Pfalz nach wie vor nicht von der Überlegung weg, sich letztlich und zwingend mit rechtlichen Mitteln Gehör und Hilfe verschaffen zu müssen.

Sichtbares Alarmzeichen hierfür ist, wie ich finde, dass das Landesgesetz über die Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen nicht nur bei den Chancen, sondern auch bei den Risiken des städtischen Haushaltes aufgeführt wird in der bereits angesprochenen Einführung zum vorliegenden Haushaltsplan.

Der Wegfall bei Teilen der Zinslast und somit die damit verbundenen Hoffnungen sind bereits wenige Monate nach Teilnahme aufgebraucht – und dies bei nach wie vor bestehenden kaum oder nur sehr schwer zu erfüllenden Pflichten und schwierigen Rahmenbedingungen.

Hinzu kommt: dass die Stadt durch die Teilnahme an der „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen“, auch das verdient erneute Betonung, im Gegenzug nicht mehr am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF) teilnehmen kann.

So wirken also leider die Regeln der Zuständigen Stellen im Land letztlich eher in die genau falsche Richtung. Zitat des Kämmerers: „Dadurch fehlen dem städtischen Ergebnishaushalt im Jahr 2025 rund 20,7 Mio. Euro an Zuwendungen.“ Und das auch bis ins Folgejahr und den HH 2026, wie es scheint.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass die erfolgten Änderungen beim Landesfinanzausgleichsgesetz und bei der Neuberechnung des Verteilungsschlüssels für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer nur vorläufige Berechnungen und Schätzungen der Kämmerei erlauben und damit weitere Unwägbarkeiten und Risiken Teil der hier vorliegenden Planung sind.

(das Auslaufen und die anstehende Refinanzierung einer großen Anleihe und die Gewerbesteuerrückzahlung infolge der allseits bekannten erfolgreichen Klage mit Zins und Zinseszins sind auch nicht gerade hilfreich)

....

Wenn wir uns aber nur den vorliegenden Haushaltsplan ansehen, so befindet sich die Stadt bei Betrachtung des gesamten Schuldenstandes in einer ähnlichen Situation wie 2022.

Ohne strukturelle Änderungen kaufen nämlich Schuldenübernahmen oder auch Schuldenschnitte letztlich nur Zeit - aber dass die gekaufte Zeit für Ludwigshafen so dermaßen kurz zu sein scheint, überrascht und enttäuscht uns wohl alle.

Eingedenk der Notwendigkeit einer Erstellung eines Haushaltsplanes und aus Respekt ggü. den Anstrengungen der Kämmerei und angesichts der glücklicherweise endgültig installierten Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung in der Konsolidierungskommission werden wir nicht gegen diesen Entwurf stimmen.

Es fällt uns aber kein einziger Grund ein, dafür zu stimmen – und dass insbesondere mit Blick auf die Prognosen für die Folgejahre.

Seit Jahren geben wir an freiwilligen Ausgaben im Sozialhaushalt für Wohlfahrtsverbände mehr oder weniger um 800.000 Euro aus. Im Grunde handelt es sich hier um Kürzungen.

Gestiegene Personalkosten und alle sonstigen durch die hohe Inflation der jüngsten Zeit gestiegenen Kosten müssen Verbände, Organisationen und das Ehrenamt selbst stemmen – gemeint sind damit unter anderem die Tafel, Café Asyl, das Sleep-in, die Suchtprävention und vieles mehr - und auch das Frauenhaus.

Gerade die Gewalt gegen Frauen ist enorm gestiegen. Eine Demo vom Europaplatz zum Theaterplatz reicht nicht aus, um echte Hilfe zu leisten. Hier tut Ludwigshafen zu wenig – weil Geld und Handlungsspielraum fehlt!

Die städtische Schuldnerberatung ist hoffnungslos unterbesetzt , das Ausländeramt ist unterbesetzt.

Dies verursacht große persönliche Schäden und Nachteile für Menschen, die keinen deutschen Pass haben, auf einen Termin für die Einbürgerung muss man in dieser Stadt 1,5 Jahre warten.

All dies heißt, die Verwaltung wird kaputt gespart.

Selbst wenn es hier und da daran kranken sollte, dass Ineffizienzen und Missmanagement oder verfehlte Organisations- und Personalplanung sich eingeschlichen und etabliert haben sollten – so sind mittlerweile die Bedingungen für eine Selbstheilung unserer Stadt leider äußerst trübe.

Grundsätzlich halten wir die Methode der ADD, unserer Stadt – um in Bildern zu sprechen - das Messer an die Gurgel zu setzen,

leider tatsächlich auch noch zur Unzeit und ohne sichtbare Selbsterkenntnis,

um eine Haushaltskonsolidierung zu erzwingen, egal was es sozial und kulturell die Stadtgesellschaft kostet,

für nicht hinnehmbar.

Ein letztlich bloß kurzsichtiger Versuch, eine Haushaltskonsolidierung über Gebühren- und Steuererhöhungen und Einsparungen an allen Ecken und Enden mit etwas Zuckerbrot aber dafür

viel Peitsche erreichen zu wollen, zerstört nachhaltig das Zusammenleben in der Stadt und die soziale Teilhabe von denjenigen, die am dringlichsten auf Leistungen der Kommune angewiesen sind.

Somit bleibt uns nur die Enthaltung.

Aber ebenso bleibt: Die Zusicherung unseres Engagements sowohl in der Konsolidierungsrunde, allen anderen Gremien als auch außerhalb der kommunalpolitischen Sphäre als ehrenamtlich Engagierte zum Wohle unserer Heimatstadt.

Abschließend ist aber vor allem zu betonen: Unsere nachhaltig und ausdrücklich vorgebrachte Bitte, alle Möglichkeiten rechtlicher Druckmittel und Hilferufe vorzubereiten, zu prüfen und anzugehen.

Ich bin am Ende.

Vielen Dank.